



---

**31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

**Gremium:** Ausschuss für Gesundheit und Soziales  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 17.01.2012, 18:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum Fraktion Die Andere  
- Wiedervorlage -  
**11/SVV/0712**
  - 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen  
**11/SVV/0906**
  - 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015 Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen  
**11/SVV/0948**
  - 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013 Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen  
**11/SVV/0907**
  - 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 Oberbürgermeister, KIS  
**11/SVV/0949**
  - 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
**11/SVV/0818**

- |                             |  |  |
|-----------------------------|--|--|
| 4.7                         | Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages<br><b>11/SVV/0834</b> | Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung    |
| 5                           |  |  |
| Mitteilungen der Verwaltung |  |  |
| 5.1                         | Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)<br><b>11/SVV/0878</b>                                   | Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt                        |
| 5.2                         | Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"<br><br><b>11/SVV/0960</b>   | Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz |
| 5.3                         | Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt<br><b>11/SVV/0896</b>  | Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt                        |
| 6                           | Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012  |  |
| 7                           | Informationen der Ausschussmitglieder / Termine  |  |



## **sachkundige Einwohner**

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt

## **Gäste:**

Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Hans-Joachim Böttche	Bereich Wohnen
Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum  
Vorlage: 11/SVV/0712  
Fraktion Die Andere  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: 11/SVV/0906  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015  
Vorlage: 11/SVV/0948  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013  
Vorlage: 11/SVV/0907  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012  
Vorlage: 11/SVV/0949  
Oberbürgermeister, KIS
- 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum  
Vorlage: 11/SVV/0818  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages  
Vorlage: 11/SVV/0834  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)  
Vorlage: 11/SVV/0878  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.2 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"  
Vorlage: 11/SVV/0960  
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 5.3 Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt  
Vorlage: 11/SVV/0896  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 6 Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **Bestätigung der Niederschrift vom 15.11.2011**

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

#### **Bestätigung der Tagesordnung:**

Frau Schulze teilt mit, dass die DS 11/SVV/0712 in Abstimmung mit der Fraktion Die Andere zurückgestellt wird, da die Vertreter von Ver.di und der Landeskrankenhausgesellschaft ihre Teilnahme an der Sitzung abgesagt haben.

Sie weist darauf hin, dass die Antwort der Landeskrankenhausgesellschaft allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. Auch die AOK Nord-Ost als zuständige Krankenkasse hat die Teilnahme an der Sitzung abgesagt.

Des Weiteren schlägt Frau Schulze vor, die Drucksachen 11/SVV/0818 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ (TOP 4.6) und 11/SVV/0834 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages“ (TOP 4.7) zurückzustellen, da die Haushaltsklausuren in den Fraktionen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Mitteilungsvorlagen 11/SVV/0878 „Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)“ sowie 11/SVV/0960 „Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"“ sollten vorgezogen und im Anschluss an Tagesordnungspunkt 3 beraten werden, da Herr Böttche im Anschluss beide Drucksachen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vertreten muss.

Der Haushalt 2012 sollte eingebracht werden, um in der Februar-Sitzung eine Beschlussempfehlung geben zu können. Der Wirtschaftsplan des KIS sowie Eckwertebeschluss wurde bisher durch den Ausschuss für Gesundheit und Soziales lediglich zur Kenntnis genommen. Frau Schulze schlägt vor, auch in diesem Jahr beide Drucksachen zur Kenntnis zu nehmen.

Sie bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.*

## **zu 2 Informationen der Verwaltung**

### **Bundesprogramm Bürgerarbeit**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass zur Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2012 durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage zum Bundesprogramm Bürgerarbeit vorgelegt wird. Sie erinnert daran, dass mit Beschluss 11/SVV/0606 der Oberbürgermeister beauftragt wurde, im Rahmen des Bundesförderungsprogramms „Bürgerarbeit“ bis zu 100 zusätzliche Einsatzstellen innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam zur Verfügung zu stellen und geeignete Arbeitsförderträger mit der Realisierung des Vorhabens vertraglich zu beauftragen.

Zum 30. Mai 2011 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Arbeitnehmerüberlassung im Modellprojekt „Bürgerarbeit“ grundsätzlich zugelassen. Im Rahmen der Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zum 01.12.2011 sind zwei, bis dahin nicht relevante, Herausforderungen aufgetreten:

1. Eine grundsätzliche Erlaubnis der Agentur für Arbeit zur Arbeitnehmerüberlassung ist zwingend erforderlich.
2. Die Teilnehmenden (Leiharbeitnehmer) haben die Möglichkeit klageweise eine Vergütung nach dem Equal-Pay-Gebot (Orientierung am TVÖD) geltend zu machen.

Im Zuge dieser neuen Rahmenbedingungen sehen sich die empfohlenen Träger

nicht in der Lage als Arbeitgeber im Sinne der Bürgerarbeit aufzutreten. Eine Realisierung des Vorhabens unter den maßgeblichen Rahmenbedingungen des Beschlusses ist nicht möglich.

Um dem grundsätzlichen Inhalt des Beschlusses zu entsprechen, stellt die Projektträgerschaft der Landeshauptstadt Potsdam die einzige gangbare Lösung dar. In diesem Sinne würde die Stadtverwaltung Potsdam als direkter Arbeitgeber auftreten.

Um einen schnellen Beginn der Maßnahme zu gewährleisten, sollte die Drucksache möglichst in der StVV am 25.01.2012 beschlossen werden.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, die Beschlussvorlage bei Bedarf in den Fraktionssitzungen am 23.01.2012 zu erläutern. Ein entsprechendes Schreiben ist auf dem Weg.

### zu 3 **Berichte aus den Beiräten**

#### **Behindertenbeirat**

Der Bericht des Behindertenbeirates liegt allen Ausschussmitgliedern schriftlich vor:

„Der Beirat hat in den letzten Wochen an verschiedenen Aktivitäten teilgenommen:

##### 1. Fahrstühle Hauptbahnhof und Bhf. Griebnitzsee

Gemeinsam mit dem ABB Potsdam wurde erreicht, dass mit der Umstellung des Fahrplanes (langfristiger Ausfall der Regionalverbindung Potsdam-Berlin) nach mehreren Verhandlungen eine Zwischenlösung gefunden wurde.

Der Fahrstuhl zur S-Bahn wurde in mehreren Reparaturversuchen nun gangbar gemacht, indem, der Antrieb aus dem Fahrstuhl zum Regionalgleis entnommen wurde.

Daher ist nun das Regionalgleis nicht mehr für Rollis erreichbar. Bei rechtzeitiger Information an die Bahn AG wird der Regionalzug nach Brandenburg auf ein erreichbares Gleis umgeleitet. Eine spontane Nutzung (oder für Ortsfremde) ist nicht gewährleistet.

Ein neues Antriebsaggregat ist bestellt.

##### 2. Teilhabeplan

Der Beirat ist in den Arbeitsgemeinschaften zur Erarbeitung des Teilhabeplans aktiv eingebunden.

##### 3. Werkstattverfahren Schwimmhalle

Das Werkstattverfahren zur Ermittlung der optimalen Badversorgung der Landeshauptstadt wird durch den Beirat durch Mitarbeit in der Arbeitsgruppe 1 aktiv unterstützt.“

#### **Seniorenbeirat**

Herr Puschmann informiert, dass der Seniorenbeirat die Kooperationsvereinbarung mit dem Evangelischen Zentrum für Altersmedizin geschlossen hat.

Frau Laabs fragt, welche Tätigkeiten die Kooperationsvereinbarung beinhaltet.

Herr Puschmann erklärt, dass es sich hierbei z.B. um Begleitung zu kulturellen Veranstaltungen oder Einkäufen handelt. Dies erfolgt dann in der Zeit zwischen

Frühstück und Mittag sowie zwischen Mittag und Abendbrot.

Frau Pawelsz-Wolf fragt, ob die Ehrenamtlichen bei dieser Tätigkeit begleitet werden.

Herr Puschmann bejaht dies. Es erfolgt eine Anleitung durch Fachkräfte.

### **Migrantenbeirat**

Frau Ngo berichtet, dass der Migrantenbeirat auch im Jahr 2012 wieder in vielen Gremien aktiv mitwirken wird.

Die Sprechstunde der Mitglieder des Migrantenbeirates in seiner Geschäftsstelle in der Hegelallee wird ebenfalls wieder durchgeführt.

## **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum**

**Vorlage: 11/SVV/0712**

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

*Die Drucksache wird zurückgestellt.*

### **zu 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0906**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Schulze bittet die Ausschussmitglieder, möglichst bis zum 03.02.2012 Fragen bei Frau Spyra einreichen, um der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, auf die Fragen zu reagieren.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt den Haushalt für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt ein und gibt Erläuterungen.

Für das Haushaltsjahr 2012 ist Folgendes geplant:

Erträge 53.798.300 Euro

Aufwendungen 103.440.400 Euro

Im Vergleich zum Vorjahr sind dies weniger Erträge in Höhe von -426.800 Euro und Mehraufwendungen in Höhe von +1.926.600 Euro.

Die Mindererträge ergeben sich aus der Absenkung der Sonderbedarfsergänzungszuweisung des Bundes (Strukturausgleich für die ostdeutschen Bundesländer) in Höhe von 19,3 % entsprechend 2,1 Mio. Euro. Gleichzeitig hat der Bund seine Beteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöht, von bisher 16 % auf 45 % im Jahr 2012. Geplant ist, die Bundesbeteiligung im Jahr 2013 auf 75 % zu erhöhen und im Jahr 2014 auf 100%. Zu den beiden letztgenannten Daten liegen allerdings noch keine Regelungen vor.

Für Potsdam bedeutet dies Mehrerträge in Höhe von ca. 1,8 Mio. Euro. Allerdings verringert auch das Land seinen Zuschüsse zur Grundsicherung und zum Wohngeld, so dass letztlich Mindererträge in der oben genannten Höhe entstehen.

Die Mehraufwendungen ergeben sich aus folgenden großen Haushaltspositionen:

Hilfe zur Pflege 586.000 Euro



Personalkosten	466.500 Euro
Grundsicherung im Alter	329.000 Euro
Grundsicherung SGB II	370.000 Euro
Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII	125.000 Euro

Der Rest ergibt sich aus verschiedenen kleineren Positionen.

Frau Schulze bittet darum, die Ausführungen schriftlich auszureichen, um diese für die Haushaltsklausuren der Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es auch Kürzungen gibt.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben nichts wegfällt.

Herr Schultheiß verweist auf seine Tischvorlage, die er an alle Ausschussmitglieder zu Beginn der Sitzung ausgereicht hat und erläutert diese. Er fragt nach den Fallzahlen. Diese sind seines Erachtens nach nicht in den ausgereichten Unterlagen zu finden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass es im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt nur ganz wenige freiwillige Leistungen gibt. Dazu gehört z.B. die AIDS-Hilfe. Diese soll aus Sicht der Verwaltung unbedingt weiter finanziert werden.

Frau Schulze macht darauf aufmerksam, dass die inhaltliche Debatte zum Haushalt in der Februar-Sitzung des Ausschusses erfolgen sollte. Sie verweist auf die ausgereichte Liste zur Förderung der freien Träger, die bereits in der Arbeitsgruppe, in die Herr Fröhlich, Herr Günther und sie selbst gewählt wurden, beraten wurde. Sie bittet die Ausschussmitglieder, sich bei Fragen zur Liste an Herrn Burchert (Tel. 289-2099) zu wenden.

#### **zu 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015**

##### **Vorlage: 11/SVV/0948**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Seite 13 des Haushaltssicherungskonzeptes und macht deutlich, dass von Seiten der Verwaltung die Reduzierung der Transferaufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder abgelehnt wird, da hier die Fallzahlen gestiegen sind.

Bezug nehmend auf das 41400 Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz teilt sie mit, dass dies mit dem Projekt „Gesundheitsamt 2020“ in Bearbeitung ist.

Die Heilpraktikerprüfungen sind in 2011 erfolgreich auf das Ansbacher Modell umgestellt worden.

Weitere Produkte im Haushaltssicherungskonzept betreffen den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt nicht.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den Teil des Haushaltssicherungskonzeptes, der den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt betrifft.

**Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmhaltung: 1

*Dem Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015 2012 für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt wird zugestimmt.*

**zu 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013**

**Vorlage: 11/SVV/0907**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Müller-Preinesberger bringt die Beschlussvorlage ein und begründet diese.

Frau Schulze fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände gibt, dass der Eckwertebeschluss lediglich zur Kenntnis genommen wird.

Herr Schultheiß weist darauf hin, dass die LHP über ihre Verhältnisse lebt. Er äußert Bedenken, dass der Gesamtschuldenbetrag immer weiter aufwächst. Der Bereich Gesundheit und Soziales hier zu einem sehr großen Teil betroffen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass alle Haushaltspositionen sehr gründlich geprüft werden. Sie macht auch darauf aufmerksam, dass sich der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz vorwiegend im pflichtigen Bereich befindet. Auch hier werden sehr streng die Kosten mit den einzelnen Trägern verhandelt. Es wird ganz massiv daran gearbeitet, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Sie weist auch auf die hervorragende Versorgung mit Kindertagesplätzen in der LHP hin. Hier werden nur Kinder mit einem Rechtsanspruch versorgt.

Herr Schultheiß macht deutlich, dass es aus seiner Sicht auch im Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz noch Möglichkeiten gibt, restriktiver zu sein.

Frau Müller-Preinesberger lehnt dies ab.

Frau Schulze bittet, darüber abzustimmen, ob eine Beschlussempfehlung an die StVV abgegeben werden soll.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 0

Ablehnung: 9

Stimmhaltung: 1

*Somit wird die Drucksache lediglich zur Kenntnis genommen.*

**zu 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012**  
**Vorlage: 11/SVV/0949**  
Oberbürgermeister, KIS

Frau Schulze stellt fest, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales inhaltlich nicht für Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 zuständig ist. Sie empfiehlt, die Drucksache zur Kenntnis zu nehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

*Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**  
**Vorlage: 11/SVV/0818**  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

*Die Drucksache wird zurückgestellt.*

**zu 4.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages**  
**Vorlage: 11/SVV/0834**  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

*Die Drucksache wird zurückgestellt.*

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)**  
**Vorlage: 11/SVV/0878**  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Herr Böttche (Bereich Wohnen) stellt den Wohnungsmarktbericht 2010 vor und gibt Erläuterungen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen auf Seite 32 des Berichts zur Belegungsbindung und macht deutlich, dass diesbezüglich Erfolg versprechende Gespräche mit der ProPotsdam, dem MIL und der ILB geführt werden. Konkretere Informationen kann sie derzeit nicht geben, sagt aber zu, den Ausschuss umgehend zu informieren, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind. Die nächste Information erfolgt im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 14.02.2012.

Herr Besancon fragt, wie viele der Wohnungen, die 2010 gebaut wurden, zum Verkauf und wie viele zur Miete vorgesehen sind.

Herr Böttche erklärt, dass diese Wohnungen als Mietwohnungen errichtet wurden.

Des Weiteren fragt Herr Besancon, wie viele der Mietwohnungen konnten mit WBS vermittelt werden.

Herr Böttche antwortet, dass ca. 50 % dieser Wohnungen über einen WBS vermittelt wurden.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Mietwohnungen, die nicht vermietet werden können, im privaten Besitz sind, also keine städtischen Wohnungen.

Herr Böttche erklärt, dass der überwiegende Teil der vermietbaren Wohnungen im privaten Bestand ist, aber auch ein Teil bei der GEWOBA. Dies trifft auch für die unvermietbaren Wohnungen im Bestand zu.

Frau Laabs spricht das Thema Wohnungssicherung an und fragt, warum diese erst aktiv wird, wenn der Mieter die Kündigung hat.

Herr Böttche erklärt, dass hier die Zielstellung ist, so früh wie möglich einzugreifen. Es hängt aber auch davon ab, wie schnell der einzelne Betroffene handelt.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen dazu auf Seite 21 und weist darauf hin, dass nicht jeder Bürger bereit ist, rechtzeitig auf die Verwaltung zuzugehen.

Frau Schulze bittet, bei künftigen Berichten schwerpunktmäßig aufzuzählen, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung für die eigene Arbeit zieht.

Herr Böttche merkt an, dass bei diesem Bericht bewusst darauf verzichtet wurde. Inhaltliche Fragen werden mit dem kommunalen Wohnkonzept bearbeitet.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 5.2 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"**

### **Vorlage: 11/SVV/0960**

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass das Konzept, wie in der Mitteilungsvorlage dargestellt, zusammen mit Experten erarbeitet wird. Es gibt fünf Arbeitsgruppen, die wesentliche Eckpunkte erarbeiten.

Das Expertengremium hat sich in seiner Sitzung am 15.12.2011 konstituiert und die Arbeit aufgenommen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es bereits eine Verabredung gibt, einen Zwischenbericht zu geben, auch vor dem Hintergrund, dass es einen Verfahrensablauf in der Mitteilungsvorlage gibt. Wie erfolgt die Einbeziehung der unterschiedlichen Interessengruppen?

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass Zwischenergebnisse präsentiert werden sollen.

Herr Böttche informiert, dass am 19.01.2012 das nächste Treffen des Expertengremiums stattfinden wird. Als erster Schritt erfolgt die Erstellung des Internetportals. Auch ein Fragebogen soll erarbeitet werden. Es wird eine möglichst breite Beteiligung der Interessengruppen angestrebt.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es ihr hierbei insbesondere um die Feststellung geht, was eine Interessengruppe ist, aus wem diese besteht, wer diese vertritt. Hierzu müssen Gruppen festgelegt werden, die befragt werden sollen. Wer definiert die Interessengruppen?

Herr Böttche erklärt, dass es eine repräsentative Befragung sein soll, bei der aber auch bestehende Interessengruppe einbezogen sollen, wie z.B. Studenten über die sog. Studierendenräte.

Wie die Beteiligung konkret erfolgen soll, steht noch nicht fest. Fest steht aber, dass es eine breite Beteiligung geben soll.

Er sagt zu, in der August-Sitzung 2012 des Ausschusses für Gesundheit und Soziales eine Information zu geben.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 5.3 Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt  
Vorlage: 11/SVV/0896**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 6 Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012**

Frau Schulze verweist auf die mit als Tischvorlage ausgereichte aktualisierte Themenplanung für das 1. Halbjahr 2012 und bittet die Ausschussmitglieder, weitere Vorschläge möglichst bis zum 03.02.2012 an Frau Spyra zu senden. In der nächsten Ausschusssitzung sollte dazu dann eine kurze Verständigung erfolgen.

**zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine**

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:  
14. Februar 2012, 18:00 Uhr**

**Jana Schulze  
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

---

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer  
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /  
des Ausschusses

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
<b>31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales</b>		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
<b>17.01.2012</b>	<b>18:00 Uhr</b>	<b>Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81</b>

Mit freundlichen Grüßen

---

Vorsitzende/r



öffentlich

**Betreff:**

Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum

**Einreicher:** Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 13.09.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
28.09.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter/innen der Stadt in den Gremien des Klinikums „Ernst von Bergmann“ und in dessen Tochtergesellschaften werden angewiesen, die erforderlichen Schritte zu veranlassen, um sicherzustellen, dass Auszubildende künftig eine Ausbildungsvergütung erhalten, die mindestens so hoch ist wie der Betrag, den die Krankenkassen erstatten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2011 über den Sachstand zu informieren.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Im Klinikum „Ernst von Bergmann“ erhalten Auszubildende bis heute nicht die Auszubildendenvergütung in der vollen Höhe. Dies erleichtert jungen Menschen sicher nicht die Entscheidung für einen Pflegeberuf und wird den hohen Anforderungen, die bereits an Azubis im städtischen Krankenhaus gestellt werden, nicht gerecht.

Da die Ausbildungsvergütung nach unseren Informationen in vollem Umfang von den Krankenkassen erstattet wird, sprechen nicht einmal unangebrachte Sparsamkeitserwägungen für die Zahlung einer geringeren Ausbildungsvergütung.

Andere Kliniken im Land (z.B. in der Stadt Brandenburg) zahlen eine höhere Vergütung als das städtische Klinikum der Landeshauptstadt Potsdam.





**Betreff:**

öffentlich

**Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012**

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service	Erstellungsdatum	17.11.2011
	Eingang 902:	18.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

gemäß Anlage

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4





**Betreff:**

öffentlich

**Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015**

Einreicher: SB Finanzen und Berichtswesen

Erstellungsdatum 24.11.2011

Eingang 902: 23.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

**Begründung:**

siehe Anlage



**Betreff:**

öffentlich

**Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013**

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service	Erstellungsdatum	17.11.2011
	Eingang 902:	18.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung sind Grundlage für die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt Potsdam für den Haushaltsentwurf 2013. Bei der Aufstellung des Ergebnishaushaltes für das Haushaltsjahr 2013 sind die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche zu Grunde zu legen (Anlage 1).
- Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2013.
- Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
- Etwaige Veränderungen bei nichtzahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.

**Fortsetzung Seite 3**  
Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Bei Einhaltung der vorgeschlagenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 beträgt der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt 2013 höchstens – ... €. Dieser Wert entspricht der im Rahmen der Haushaltsplanung für 2012 erfolgten mittelfristigen Ergebnisplanung für 2013.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



**Fortsetzung:**

1. Zur Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten in angemessener Weise auszuschöpfen (z. B. durch das Erreichen adäquater Kostendeckungsgrade).
2. Dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept ist zu folgen.



**Betreff:**

öffentlich

**Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012**

Einreicher: Kommunalen Immobilienservice	Erstellungsdatum	24.11.2011
	Eingang 902:	23.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2012.

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Für die Wirtschaftsjahre sind folgende Überschüsse geplant:

2012	2013	2014	2015
ca. 52.000 €	ca. 75.000 €	ca.85.000 €	ca. 110.000 €

Die geplanten Investitionszuschüsse und die Zahlungen der Landeshauptstadt an den KIS für Mieten und Betriebskosten sind mit dem Entwurf der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

## **Begründung:**

### **Grundlagen zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes**

Gemäß § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg - EigV - hat der Eigenbetrieb einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der gemäß § 7 Punkt 3 EigV von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen ist. Der Wirtschaftsplan besteht gemäß § 14 Abs. 1 EigV aus:

- den Festsetzungen
  - a) des Gesamtbetrages der Erträge und Aufwendungen aus dem Erfolgsplan
  - b) der im Finanzplan enthaltenen Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse jeweils aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanztätigkeit
  - c) des Gesamtbetrages der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen
  - d) des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditermächtigung
- dem Erfolgsplan
- dem Finanzplan

Darüber hinaus enthält der Wirtschaftsplan gemäß § 14 Abs. 2 EigV folgende Anlagen:

- einen Vorbericht
- eine Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen sowie der Ein- und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken
- eine Stellenübersicht
- eine Übersicht der geplanten Investitionsmaßnahmen
- eine Übersicht über die in Anspruch genommenen Investitionskredite der Vorjahre

Auf dieser Basis wird in der Anlage der Entwurf des Wirtschaftsplanes des KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 vorgelegt.

### **Genehmigungspflichtige Teile des Wirtschaftsplanes**

Der Entwurf des Wirtschaftsplans sieht für das Jahr 2012 Kreditaufnahmen i. H. v. 16.712.000 Euro vor. Im Rahmen der Fortführung von Investitionsvorhaben in den Folgejahren sind Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 10.700.000 Euro erforderlich. Weiterhin plant der KIS im Rahmen des laufenden Verfahrens zur brandschutztechnischen und energetischen Sanierung dreier Schulen ein kreditähnliches Geschäft gemäß § 74 Abs. 5 BbgKVerf in max. Höhe von 25 Mio. €. Gemäß §§ 73 - 75 BbgKVerf ist für die Gesamthöhe der Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie für das kreditähnliche Geschäft eine kommunalrechtliche Genehmigung erforderlich.

### **Investitionen**

Im Jahr 2012 führt der KIS das beschlossene langfristige Investitionsprogramm zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur Potsdams fort. Von den geplanten direkten Investitionsmitteln werden ca. drei Viertel für Sanierungen und Erweiterungen in Schulen und Kitas verwendet. Größte Einzelprojekte sind die Fortführung der Arbeiten zur Sanierung des Campus Kurfürstenstraße, der Ausbau der Stadtteilschule (Grundschule 20) in Drewitz, die Sanierung des Schulerweiterungsbaus in der Haekkelstraße sowie der Beginn des Baus einer weiterführenden Schule im Bornstedter Feld.

Weiterhin ist geplant, drei Potsdamer Schulen brandschutztechnisch und energetisch zu ertüchtigen. Gegenwärtig wird geprüft, ob dies in Form eines ÖPP-Projektes erfolgen kann oder die Realisierung in Eigenregie günstiger ist. Der Start des Projektes soll ebenfalls im Jahr 2012 erfolgen. Die voraussichtlichen Auswirkungen im Falle der Realisierung als ÖPP-Projekt sind im Ergebnis- und Zahlungsplan berücksichtigt. Das kreditähnliche Geschäft ist im Wirtschaftsplan des KIS in seinen Auswirkungen darzustellen, bedarf jedoch eines gesonderten Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung und einer gesonderten Genehmigung der Kommunalaufsicht.

Weiter fortgeführt werden die Arbeiten an den Kulturobjekten Altes Rathaus und Wissensspeicher, die 2012 abgeschlossen werden sollen. Darüber hinaus stehen Investitionsmittel werden für die Sanierung von Verwaltungsgebäuden, Feuerwehren, Sport- und Jugendeinrichtungen zur Verfügung.





öffentlich

**Betreff:**

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

**Einreicher:** Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die LHP erarbeitet ein Konzept zur Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums und ein Programm zur Vermeidung der fortschreitenden Gentrifizierung.

gez. Schüler

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**  Ja  Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 4 >> 2862 Punkte:

Angesichts der stetig steigenden Mieten in Potsdam wäre ein Konzept der Stadt für bezahlbaren Wohnraum dringend notwendig. Es kann nicht sein, dass ein großer Teil von langansässigen Mietern (auch zunehmend diejenigen mit Durchschnittseinkommen) in die Randgebiete von Potsdam verdrängt wird. Die Entwicklung eines entsprechenden kommunalen Programmes ist unabdinglich.

#### **Begründung:**

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **2862 Punkte** und erreichte damit **Platz 4**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Notwendigkeit, zum Erhalt bzw. der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes wurde in der Stadtverwaltung früh erkannt. Allerdings sind die Möglichkeiten der Stadt sehr begrenzt. Eine direkte Einflussnahme auf die Mietenentwicklung in der Stadt besteht nicht, da diese allein durch die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches im Zusammenhang mit der jeweiligen Lage auf dem Wohnungsmarkt bestimmt wird. Die Sicherstellung ausreichender und angemessener Wohnbedingungen in den Kommunen ist maßgeblich auch eine Aufgabe des Landes.

Die Bemühungen der Stadt sind darauf gerichtet, ihren möglichen Beitrag zur Erhaltung preiswerter Wohnungen zu leisten, der auch im Stadtentwicklungskonzept Wohnen festgeschrieben wurde an dessen Umsetzung die Verwaltung bereits arbeitet.

So wird derzeit an der Erarbeitung eines kommunalen Wohnungsbauprogrammes gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurde bereits seit 01.01.2011 ein zweijähriges Modellprojekt zur Sicherung bezahlbarer Wohnungen gestartet.

#### Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Die Kosten für ein kommunales Wohnungsbauprogramm sind derzeit noch nicht absehbar und fallen noch nicht für den Haushalt 2012 an, da eine Entscheidung, ob ein solches Programm aufgelegt werden soll, noch aussteht. Das Modellprojekt zur Sicherung bezahlbarer Wohnungen ist für die gesamte Laufzeit mit 250.000 Euro ausgestattet.

Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja teilweise. Das Modellprojekt läuft bereits seit 1.1.2011 mit einer Laufzeit von zwei Jahren (Nachwirkungsfrist bis 2016).

Grundlage der Umsetzung:

Vereinbarung der Stadt mit der PRO POTSDAM

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

Benennung eines Kontos nicht erforderlich, da die benötigten Mittel nicht über den Haushalt der Stadt sondern durch die PRO POTSDAM bereitgestellt werden.

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Empfehlungen für eine mögliche Umsetzung sind entbehrlich, da das Modellprojekt bereits läuft. Deckungsquellen im HH 2012 sind nicht erforderlich, da die Mittelbereitstellung für die Gesamtlaufzeit (bis 2016) des Modellprojektes durch die PRO POTSDAM erfolgt.

---





öffentlich

**Betreff:**

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger'  
Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages

**Einreicher:** Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam führt einen vegetarischen Wochentag ein. Am vegetarischen Wochentag bieten alle öffentlichen Kantinen und Verpflegungseinrichtungen für Schulen, KITA, Krankenhäuser, Altenheime usw. ausschließlich vegetarische Speisen an.

Andere Restaurants und Essensversorger werden aufgerufen, sich dem vegetarischen Wochentag anzuschließen.

gez. Schüler

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 20 >> 369 Punkte

Ich schlage vor, in Potsdam einen vegetarischen Wochentag einzuführen. An diesem Tag sollte in den Verpflegungseinrichtungen städtischer Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altenheime oder der Stadtverwaltung ein größeres oder sogar vollständig vegetarisches Angebot zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sollte über die Vorzüge einer fleischfreien Ernährung hingewiesen und mittels einer Kampagne versucht werden, weitere Kantinen und Restaurants mit einzubeziehen. Schon andere Städte wie Gent, Sao Paulo und Bremen haben erfolgreich einen solchen „Veggie-Tag“ eingeführt.

Wenn sich Potsdam als „Klimastadt“ etablieren möchte, genügt das PIK (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) nicht allein. Folgende Gründe sprechen für eine fleischfreie Ernährung: *Für die Umwelt* - Die Erzeugung tierischer Lebensmittel bringt negative Konsequenzen für die Umwelt mit sich. 18% der weltweiten Treibhausgase sind auf die Produktion von Fleisch, Fisch und Milch zurückzuführen – mehr als alle Transport- und Verkehrsabgase zusammen. Wenn jede Stadt in Deutschland in ihren Gemeinschaftsküchen einen Veggie-Tag einführen würde, könnten mehr Treibhausgase eingespart werden, als wenn 6 Millionen Autos von der Straße verschwänden! *Für die Gesundheit* - In Deutschland werden zu wenig Obst und Gemüse und stattdessen zu viele tierische Produkte gegessen. Die hohe Zufuhr an tierischen Fetten trägt zu vielen chronischen Krankheiten wie Übergewicht, Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus und Krebs bei. Eine vegetarische Kost dagegen ist reich an Obst und Gemüse und deshalb nicht nur gesünder, sondern auch lecker und abwechslungsreich. *Für andere Menschen* - Die Herstellung von Fleisch ist ineffizient und verschwendet Ressourcen. Ein Großteil der weltweiten Getreide- und Sojaproduktion wird als Tierfutter verwendet, während gleichzeitig etwa eine Milliarde Menschen auf der Welt an Hunger leiden.

### **Begründung:**

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **369 Punkte** und erreichte damit **Platz 20**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Eine gesunde Ernährung wird grundsätzlich von der Landeshauptstadt Potsdam unterstützt, auch die angeführten Gründe aus Klimaschutzsicht (regionale Erzeugung, weniger Fleisch = weniger CO<sub>2</sub>) sind nicht von der Hand zu weisen und werden daher von der Landeshauptstadt befürwortet.

Viele Kantinenbetreiber oder Caterer bieten bereits vegetarisches Essen an. Betreiber von Gemeinschaftseinrichtungen, insbesondere die Universität Potsdam, aber auch die Caterer für das Schul- und Kindertagesstättenessen haben sich bereits darauf eingestellt und bieten bei der Auswahl der Speisen mindestens ein vegetarisches Menü an. Aus Sicht der Landeshauptstadt ist die Umsetzung bereits sehr weit.

Die Teilnahme an einem vegetarischen Tag kann und sollte durch die Bürgerinnen und Bürgern freiwillig geschehen. Daher kann die Umsetzung nur durch eine spezielle Marketing-Kampagne geschehen.

Aus gesundheitlicher Sicht wirkt sich ein vegetarischer Wochentag nicht effektiv auf die Gesundheit eines Menschen aus. Viel wichtiger erscheint dann eher, freiwillig auf die bestehenden täglichen vegetarischen Wahlessen in den öffentlichen Einrichtungen zurückzugreifen.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Nicht ermittelt. Kosten einer Werbekampagne durch eine externe Begleitung sind je nach Größe und Umfang der Kampagne zu ermitteln.

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Umsetzungszeitraum / Grundlage der Umsetzung: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

Benennung eines Kontos derzeit nicht möglich

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Konkrete Handlungsoptionen können derzeit noch nicht benannt werden, da zunächst die Umsetzung eines solchen Projektes/solcher Kampagne geklärt werden muss. Entscheidend ist dabei die Größe dieser Kampagne.



**Betreff:** öffentlich  
**Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010  
(Wohnungsmarktbericht 2010)**

**bezüglich  
DS Nr.: 02/SVV/0427**

Erstellungsdatum	15.11.2011
Eingang 902:	15.11.2011

Einreicher: FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Information über die Situation am Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010), einschließlich der Ergebnisse bei der Wohnraumversorgung in Umsetzung der nach dem Belegungsbindungsgesetz (BelBindG) geschlossenen Wohnungsversorgungsverträge.

**Beratungsergebnis**

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt  zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

## Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



**Betreff:**  
**Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 11/SVV/0542**

Erstellungsdatum	01.12.2011
Eingang 902:	01.12.2011

Einreicher: GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:** Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Information zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt Potsdam zum Thema „Erschwingliche Mieten für alle“.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in Ihrer Sitzung am 28.9.2011 zur DS 11/SVV/0542 beschlossen, in der Landeshauptstadt Potsdam ein aus Experten mit den Kernkompetenzen Mieterschutz, Wohnungswirtschaft, Energie, Klimaschutz und demografischer Wandel bestehendes Gremium zu berufen. Kernaufgabe dieses Gremiums ist die Erstellung einer Agenda zur Erarbeitung eines wohnungsmarktpolitischen Konzeptes „Erschwingliche Mieten für alle“.

Am 22.11.2011 hat unter Leitung des Oberbürgermeisters die konstituierende Sitzung der Expertenrunde, bestehend aus folgenden Vertretern:

für das Thema Wohnungswirtschaft

Herr Westphal (Pro Potsdam), Herr Hahn (AK Stadtspuren), Herr Hagenau (Koordinator AK Stadtspuren) und Herr Wolfram (GB Bauen und Stadtentwicklung)

**Fortsetzung der Mitteilung Seite 3**

**Beratungsergebnis**

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt  zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

## Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

## **Fortsetzung der Mitteilung:**

Für das Thema Klimaschutz  
Herr Dr. Reuswig (PIK)

Für das Thema Energie  
Herr Böhme (EWP) und Herr Grzimek (Klimaschutzrat)

Für das Thema Mieterschutz  
Herr Dr. Radloff (Mietschutzbund)

Für das Thema demografischer Wandel  
Herr Dr. Pokorny ( Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service), Frau Müller-Preinesberger (Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz).

Beim Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt, Bereich Wohnen wird eine Geschäftsstelle eingerichtet.

Das Expertengremium ist sich darin einig, dass es für die Erstellung der mit dem Beschluss der SVV geforderten Agenda zur Erarbeitung eines wohnungsmarktpolitischen Konzeptes erforderlich ist, zunächst in einem breiten inhaltlichen Ansatz alle Themen aufzunehmen, die – direkt oder indirekt – die Entwicklung der Wohnkosten beeinflussen (z.B. Satzungen der Gebietskörperschaft mit Einfluss auf die Betriebskosten, Zinskosten für Baukredite). Bereits getroffene Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung (z.B. Klimaschutzkonzept) sind mit zu berücksichtigen.

Gefordert ist die Erarbeitung einer Lösung von hochkomplexen Vorgängen und Zusammenhängen. Je nach Zieldefinition werden unterschiedliche Anforderungen und Hoffnungen mit einem Wohnungsmarktkonzept verknüpft werden (z.B. Anforderungen seniorengerechtes Wohnen, verstärkt Wohnraum für Wohngemeinschaften, Inklusionsanforderungen etc). Das Expertengremium hat sich daher auf folgendes Verfahren verständigt:

1. Aufnahme der Problemlagen/ Fragestellungen
  - 1.1. Sicherstellung der Partizipation der Potsdamer Bürgerschaft durch eine Beteiligung über das Internet oder repräsentative Befragung
  - 1.2. Herausarbeiten der „interdisziplinären Schwerpunkte“ durch die Expertengruppe (Systemabgrenzung)
2. Auswahl eines geeigneten Verfahrens:
  - 2.1. Großgruppenmoderation (Intensive Diskussion mit und unter den Vertretern unterschiedlicher Interessengruppen)
3. Darstellung der beeinflussbaren und nicht beeinflussbaren Faktoren in ihrem Wirkungsgefüge ( Systemdarstellung)
4. Durchführung von Workshops bzw. Großgruppenmoderation mit dem Ziel der Beteiligung am Lösungsprozess:
  - 4.1 Herstellen von Akzeptanz der nicht beeinflussbaren Faktoren durch die Entwicklung von Maßnahmen zur Anpassung
  - 4.2 Überzeugung/ Ausgleich der beeinflussbaren Faktoren z.B. durch Maßnahmen/ Initiativen
  - 4.3. Überzeugung
5. Erarbeitung eines aktualisierten Systemmoduls, das für die Zukunft jederzeit anpassbar ist.

Es ist vorgesehen, dass Konzept im November 2012 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.





**Betreff:**  
**Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt**

öffentlich

**bezüglich  
DS Nr.:**

Erstellungsdatum	17.11.2011
Eingang 902:	17.11.2011

Einreicher: FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Informationen der Verwaltung zum Berichtswesen im Gesundheits- und Sozialbereich.

**Beratungsergebnis**

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt       zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

## Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



## Niederschrift

### 31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 17.01.2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze DIE LINKE Sitzungsleitung

##### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel DIE LINKE  
Frau Christina Wolf SPD  
Frau Jutta Busch BürgerBündnis  
Herr Peter Schultheiß Potsdamer Demokraten

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE  
Herr Dr. Ralf Otto SPD  
Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW ab 19:10 Uhr  
Frau Christine Anlauff Die Andere  
Frau Dr. Brigitte Lotz Bündnis 90/Die Grünen ab 18:05 Uhr

##### sachkundige Einwohner

Frau Maria von Pawelsz-Wolf CDU/ANW  
Herr Ronny Besancon DIE LINKE  
Herr Uwe Fröhlich Grüne/B90  
Herr Jörg Jutzi DIE LINKE  
Herr Björn Karl FDP  
Frau Julia Laabs Die Andere  
Frau Barbara Müller BürgerBündnis  
Frau Thi Minh Lien Ngo Migrantenbeirat  
Herr Wolfgang Puschmann Seniorenbeirat  
Herr Jan-Peter Schmarje Behindertenbeirat

##### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete Soziales,  
Jugend, Gesundheit

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff DIE LINKE entschuldigt  
Frau Klara Geywitz SPD entschuldigt  
Frau Heike Judacz SPD entschuldigt  
Frau Maike Dencker CDU/ANW entschuldigt

## **sachkundige Einwohner**

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt

## **Gäste:**

Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Herr Hans-Joachim Böttche	Bereich Wohnen
Frau Martina Trauth-Koschnick	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum  
Vorlage: 11/SVV/0712  
Fraktion Die Andere  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: 11/SVV/0906  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015  
Vorlage: 11/SVV/0948  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013  
Vorlage: 11/SVV/0907  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 4.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012  
Vorlage: 11/SVV/0949  
Oberbürgermeister, KIS
- 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum  
Vorlage: 11/SVV/0818  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages  
Vorlage: 11/SVV/0834  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010  
(Wohnungsmarktbericht 2010)  
Vorlage: 11/SVV/0878  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5.2 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"  
Vorlage: 11/SVV/0960  
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 5.3 Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt  
Vorlage: 11/SVV/0896  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 6 Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **Bestätigung der Niederschrift vom 15.11.2011**

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

#### **Bestätigung der Tagesordnung:**

Frau Schulze teilt mit, dass die DS 11/SVV/0712 in Abstimmung mit der Fraktion Die Andere zurückgestellt wird, da die Vertreter von Ver.di und der Landeskrankenhausgesellschaft ihre Teilnahme an der Sitzung abgesagt haben.

Sie weist darauf hin, dass die Antwort der Landeskrankenhausgesellschaft allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. Auch die AOK Nord-Ost als zuständige Krankenkasse hat die Teilnahme an der Sitzung abgesagt.

Des Weiteren schlägt Frau Schulze vor, die Drucksachen 11/SVV/0818 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ (TOP 4.6) und 11/SVV/0834 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages“ (TOP 4.7) zurückzustellen, da die Haushaltsklausuren in den Fraktionen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Mitteilungsvorlagen 11/SVV/0878 „Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)“ sowie 11/SVV/0960 „Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"“ sollten vorgezogen und im Anschluss an Tagesordnungspunkt 3 beraten werden, da Herr Böttche im Anschluss beide Drucksachen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vertreten muss.

Der Haushalt 2012 sollte eingebracht werden, um in der Februar-Sitzung eine Beschlussempfehlung geben zu können. Der Wirtschaftsplan des KIS sowie Eckwertebeschluss wurde bisher durch den Ausschuss für Gesundheit und Soziales lediglich zur Kenntnis genommen. Frau Schulze schlägt vor, auch in diesem Jahr beide Drucksachen zur Kenntnis zu nehmen.

Sie bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.*

## zu 2 Informationen der Verwaltung

### Bundesprogramm Bürgerarbeit

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass zur Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2012 durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage zum Bundesprogramm Bürgerarbeit vorgelegt wird. Sie erinnert daran, dass mit Beschluss 11/SVV/0606 der Oberbürgermeister beauftragt wurde, im Rahmen des Bundesförderungsprogramms „Bürgerarbeit“ bis zu 100 zusätzliche Einsatzstellen innerhalb der Stadtverwaltung Potsdam zur Verfügung zu stellen und geeignete Arbeitsförderträger mit der Realisierung des Vorhabens vertraglich zu beauftragen.

Zum 30. Mai 2011 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Arbeitnehmerüberlassung im Modellprojekt „Bürgerarbeit“ grundsätzlich zugelassen. Im Rahmen der Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zum 01.12.2011 sind zwei, bis dahin nicht relevante, Herausforderungen aufgetreten:

1. Eine grundsätzliche Erlaubnis der Agentur für Arbeit zur Arbeitnehmerüberlassung ist zwingend erforderlich.
2. Die Teilnehmenden (Leiharbeitnehmer) haben die Möglichkeit klageweise eine Vergütung nach dem Equal-Pay-Gebot (Orientierung

am TVÖD) geltend zu machen.

Im Zuge dieser neuen Rahmenbedingungen sehen sich die empfohlenen Träger nicht in der Lage als Arbeitgeber im Sinne der Bürgerarbeit aufzutreten. Eine Realisierung des Vorhabens unter den maßgeblichen Rahmenbedingungen des Beschlusses ist nicht möglich.

Um dem grundsätzlichen Inhalt des Beschlusses zu entsprechen, stellt die Projektträgerschaft der Landeshauptstadt Potsdam die einzige gangbare Lösung dar. In diesem Sinne würde die Stadtverwaltung Potsdam als direkter Arbeitgeber auftreten.

Um einen schnellen Beginn der Maßnahme zu gewährleisten, sollte die Drucksache möglichst in der StVV am 25.01.2012 beschlossen werden.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, die Beschlussvorlage bei Bedarf in den Fraktionssitzungen am 23.01.2012 zu erläutern. Ein entsprechendes Schreiben ist auf dem Weg.

### **zu 3      Berichte aus den Beiräten**

#### **Behindertenbeirat**

Der Bericht des Behindertenbeirates liegt allen Ausschussmitgliedern schriftlich vor:

„Der Beirat hat in den letzten Wochen an verschiedenen Aktivitäten teilgenommen:

##### 1. Fahrstühle Hauptbahnhof und Bhf. Griebnitzsee

Gemeinsam mit dem ABB Potsdam wurde erreicht, dass mit der Umstellung des Fahrplanes (langfristiger Ausfall der Regionalverbindung Potsdam-Berlin) nach mehreren Verhandlungen eine Zwischenlösung gefunden wurde.

Der Fahrstuhl zur S-Bahn wurde in mehreren Reparaturversuchen nun gangbar gemacht, indem, der Antrieb aus dem Fahrstuhl zum Regionalgleis entnommen wurde.

Daher ist nun das Regionalgleis nicht mehr für Rollis erreichbar. Bei rechtzeitiger Information an die Bahn AG wird der Regionalzug nach Brandenburg auf ein erreichbares Gleis umgeleitet. Eine spontane Nutzung (oder für Ortsfremde) ist nicht gewährleistet.

Ein neues Antriebsaggregat ist bestellt.

##### 2. Teilhabeplan

Der Beirat ist in den Arbeitsgemeinschaften zur Erarbeitung des Teilhabeplans aktiv eingebunden.

##### 3. Werkstattverfahren Schwimmhalle

Das Werkstattverfahren zur Ermittlung der optimalen Badversorgung der Landeshauptstadt wird durch den Beirat durch Mitarbeit in der Arbeitsgruppe 1 aktiv unterstützt.“

#### **Seniorenbeirat**

Herr Puschmann informiert, dass der Seniorenbeirat die Kooperationsvereinbarung mit dem Evangelischen Zentrum für Altersmedizin geschlossen hat.

Frau Laabs fragt, welche Tätigkeiten die Kooperationsvereinbarung beinhaltet.

Herr Puschmann erklärt, dass es sich hierbei z.B. um Begleitung zu kulturellen Veranstaltungen oder Einkäufen handelt. Dies erfolgt dann in der Zeit zwischen Frühstück und Mittag sowie zwischen Mittag und Abendbrot.

Frau Pawelsz-Wolf fragt, ob die Ehrenamtlichen bei dieser Tätigkeit begleitet werden.

Herr Puschmann bejaht dies. Es erfolgt eine Anleitung durch Fachkräfte.

### **Migrantenbeirat**

Frau Ngo berichtet, dass der Migrantenbeirat auch im Jahr 2012 wieder in vielen Gremien aktiv mitwirken wird.

Die Sprechstunde der Mitglieder des Migrantenbeirates in seiner Geschäftsstelle in der Hegelallee wird ebenfalls wieder durchgeführt.

## **zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 4.1 Ausbildungsvergütung im städtischen Klinikum**

**Vorlage: 11/SVV/0712**

Fraktion Die Andere

- Wiedervorlage -

*Die Drucksache wird zurückgestellt.*

### **zu 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0906**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Schulze bittet die Ausschussmitglieder, möglichst bis zum 03.02.2012 Fragen bei Frau Spyra einreichen, um der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, auf die Fragen zu reagieren.

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt den Haushalt für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt ein und gibt Erläuterungen.

Für das Haushaltsjahr 2012 ist Folgendes geplant:

Erträge	53.798.300 Euro
Aufwendungen	103.440.400 Euro

Im Vergleich zum Vorjahr sind dies weniger Erträge in Höhe von -426.800 Euro und Mehraufwendungen in Höhe von +1.926.600 Euro.

Die Mindererträge ergeben sich aus der Absenkung der Sonderbedarfsergänzungszuweisung des Bundes (Strukturausgleich für die ostdeutschen Bundesländer) in Höhe von 19,3 % entsprechend 2,1 Mio. Euro. Gleichzeitig hat der Bund seine Beteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhöht, von bisher 16 % auf 45 % im Jahr 2012. Geplant ist, die Bundesbeteiligung im Jahr 2013 auf 75 % zu erhöhen und im Jahr 2014 auf 100%. Zu den beiden letztgenannten Daten liegen allerdings noch keinen Regelungen vor.

Für Potsdam bedeutet dies Mehrerträge in Höhe von ca. 1,8 Mio. Euro. Allerdings



verringert auch das Land seien Zuschüsse zur Grundsicherung und zum Wohngeld, so dass letztlich Mindererträge in der oben genannten Höhe entstehen.

Die Mehraufwendungen ergeben sich aus folgenden großen Haushaltspositionen:

Hilfe zur Pflege	586.000 Euro
Personalkosten	466.500 Euro
Grundsicherung im Alter	329.000 Euro
Grundsicherung SGB II	370.000 Euro
Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII	125.000 Euro

Der Rest ergibt sich aus verschiedenen kleineren Positionen.

Frau Schulze bittet darum, die Ausführungen schriftlich auszureichen, um diese für die Haushaltsklausuren der Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es auch Kürzungen gibt.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben nichts wegfällt.

Herr Schultheiß verweist auf seine Tischvorlage, die er an alle Ausschussmitglieder zu Beginn der Sitzung ausgereicht hat und erläutert diese. Er fragt nach den Fallzahlen. Diese sind seines Erachtens nach nicht in den ausgereichten Unterlagen zu finden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass es im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt nur ganz wenige freiwillige Leistungen gibt. Dazu gehört z.B. die AIDS-Hilfe. Diese soll aus Sicht der Verwaltung unbedingt weiter finanziert werden.

Frau Schulze macht darauf aufmerksam, dass die inhaltliche Debatte zum Haushalt in der Februar-Sitzung des Ausschusses erfolgen sollte. Sie verweist auf die ausgereichte Liste zur Förderung der freien Träger, die bereits in der Arbeitsgruppe, in die Herr Fröhlich, Herr Günther und sie selbst gewählt wurden, beraten wurde. Sie bittet die Ausschussmitglieder, sich bei Fragen zur Liste an Herrn Burchert (Tel. 289-2099) zu wenden.

#### **zu 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015**

##### **Vorlage: 11/SVV/0948**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Seite 13 des Haushaltssicherungskonzeptes und macht deutlich, dass von Seiten der Verwaltung die Reduzierung der Transferaufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder abgelehnt wird, da hier die Fallzahlen gestiegen sind.

Bezug nehmend auf das 41400 Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz teilt sie mit, dass dies mit dem Projekt „Gesundheitsamt 2020“ in Bearbeitung ist.

Die Heilpraktikerprüfungen sind in 2011 erfolgreich auf das Ansbacher Modell umgestellt worden.

Weitere Produkte im Haushaltssicherungskonzept betreffen den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt nicht.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den Teil des

Haushaltssicherungskonzeptes, der den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt betrifft.

**Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

*Dem Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015 2012 für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt wird zugestimmt.*

**zu 4.4 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013**

**Vorlage: 11/SVV/0907**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Müller-Preinesberger bringt die Beschlussvorlage ein und begründet diese.

Frau Schulze fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände gibt, dass der Eckwertebeschluss lediglich zur Kenntnis genommen wird.

Herr Schultheiß weist darauf hin, dass die LHP über ihre Verhältnisse lebt. Er äußert Bedenken, dass der Gesamtschuldenbetrag immer weiter aufwächst. Der Bereich Gesundheit und Soziales hier zu einem sehr großen Teil betroffen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass alle Haushaltspositionen sehr gründlich geprüft werden. Sie macht auch darauf aufmerksam, dass sich der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz vorwiegend im pflichtigen Bereich befindet. Auch hier werden sehr streng die Kosten mit den einzelnen Trägern verhandelt. Es wird ganz massiv daran gearbeitet, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Sie weist auch auf die hervorragende Versorgung mit Kindertagesplätzen in der LHP hin. Hier werden nur Kinder mit einem Rechtsanspruch versorgt.

Herr Schultheiß macht deutlich, dass es aus seiner Sicht auch im Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz noch Möglichkeiten gibt, restriktiver zu sein.

Frau Müller-Preinesberger lehnt dies ab.

Frau Schulze bittet, darüber abzustimmen, ob eine Beschlussempfehlung an die StVV abgegeben werden soll.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 0

Ablehnung: 9

Stimmenthaltung: 1

*Somit wird die Drucksache lediglich zur Kenntnis genommen.*

**zu 4.5      Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0949**

Oberbürgermeister, KIS

Frau Schulze stellt fest, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales inhaltlich nicht für Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 zuständig ist. Sie empfiehlt, die Drucksache zur Kenntnis zu nehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

*Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 4.6      Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 4 - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**

**Vorlage: 11/SVV/0818**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

*Die Drucksache wird zurückgestellt.*

**zu 4.7      Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 20 - Einführung eines vegetarischen Wochentages**

**Vorlage: 11/SVV/0834**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

*Die Drucksache wird zurückgestellt.*

**zu 5        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1      Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010 (Wohnungsmarktbericht 2010)**

**Vorlage: 11/SVV/0878**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Herr Böttche (Bereich Wohnen) stellt den Wohnungsmarktbericht 2010 vor und gibt Erläuterungen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen auf Seite 32 des Berichts zur Belegungsbindung und macht deutlich, dass diesbezüglich Erfolg versprechende Gespräche mit der ProPotsdam, dem MIL und der ILB geführt werden. Konkretere Informationen kann sie derzeit nicht geben, sagt aber zu, den Ausschuss umgehend zu informieren, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind. Die nächste Information erfolgt im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 14.02.2012.

Herr Besancon fragt, wie viele der Wohnungen, die 2010 gebaut wurden, zum Verkauf und wie viele zur Miete vorgesehen sind.

Herr Böttche erklärt, dass diese Wohnungen als Mietwohnungen errichtet wurden.

Des Weiteren fragt Herr Besancon, wie viele der Mietwohnungen konnten mit WBS vermittelt werden.

Herr Böttche antwortet, dass ca. 50 % dieser Wohnungen über einen WBS vermittelt wurden.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Mietwohnungen, die nicht vermietet werden können, im privaten Besitz sind, also keine städtischen Wohnungen.

Herr Böttche erklärt, dass der überwiegende Teil der vermietbaren Wohnungen im privaten Bestand ist, aber auch ein Teil bei der GEWOBA. Dies trifft auch für die unvermietbaren Wohnungen im Bestand zu.

Frau Laabs spricht das Thema Wohnungssicherung an und fragt, warum diese erst aktiv wird, wenn der Mieter die Kündigung hat.

Herr Böttche erklärt, dass hier die Zielstellung ist, so früh wie möglich einzugreifen. Es hängt aber auch davon ab, wie schnell der einzelne Betroffene handelt.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen dazu auf Seite 21 und weist darauf hin, dass nicht jeder Bürger bereit ist, rechtzeitig auf die Verwaltung zuzugehen.

Frau Schulze bittet, bei künftigen Berichten schwerpunktmäßig aufzuzählen, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung für die eigene Arbeit zieht.

Herr Böttche merkt an, dass bei diesem Bericht bewusst darauf verzichtet wurde. Inhaltliche Fragen werden mit dem kommunalen Wohnkonzept bearbeitet.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 5.2 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"**

### **Vorlage: 11/SVV/0960**

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass das Konzept, wie in der Mitteilungsvorlage dargestellt, zusammen mit Experten erarbeitet wird. Es gibt fünf Arbeitsgruppen, die wesentliche Eckpunkte erarbeiten.

Das Expertengremium hat sich in seiner Sitzung am 15.12.2011 konstituiert und die Arbeit aufgenommen.

Frau Dr. Müller fragt, ob es bereits eine Verabredung gibt, einen Zwischenbericht zu geben, auch vor dem Hintergrund, dass es einen Verfahrensablauf in der Mitteilungsvorlage gibt. Wie erfolgt die Einbeziehung der unterschiedlichen Interessengruppen?

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass Zwischenergebnisse präsentiert werden sollen.

Herr Böttche informiert, dass am 19.01.2012 das nächste Treffen des Expertengremiums stattfinden wird. Als erster Schritt erfolgt die Erstellung des Internetportals. Auch ein Fragebogen soll erarbeitet werden. Es wird eine möglichst breite Beteiligung der Interessengruppen angestrebt.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es ihr hierbei insbesondere um die Feststellung geht, was eine Interessengruppe ist, aus wem diese besteht, wer diese vertritt. Hierzu müssen Gruppen festgelegt werden, die befragt werden sollen. Wer definiert die Interessengruppen?

Herr Böttche erklärt, dass es eine repräsentative Befragung sein soll, bei der aber auch bestehende Interessengruppe einbezogen sollen, wie z.B. Studenten über die sog. Studierendenräte.

Wie die Beteiligung konkret erfolgen soll, steht noch nicht fest. Fest steht aber, dass es eine breite Beteiligung geben soll.

Er sagt zu, in der August-Sitzung 2012 des Ausschusses für Gesundheit und Soziales eine Information zu geben.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

### **zu 5.3 Gesundheits- und Sozialberichte in der Landeshauptstadt**

**Vorlage: 11/SVV/0896**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Latacz-Blume (FB Soziales, Gesundheit und Umwelt) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

### **zu 6 Schwerpunktthemen für die Sitzungen im 1. Halbjahr 2012**

Frau Schulze verweist auf die mit als Tischvorlage ausgereichte aktualisierte Themenplanung für das 1. Halbjahr 2012 und bittet die Ausschussmitglieder, weitere Vorschläge möglichst bis zum 03.02.2012 an Frau Spyra zu senden. In der nächsten Ausschusssitzung sollte dazu dann eine kurze Verständigung erfolgen.

### **zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine**

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:  
14. Februar 2012, 18:00 Uhr**

**Jana Schulze  
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**



**Landeshauptstadt Potsdam  
Stadtverordnetenversammlung**

**Anwesenheitsliste**

Gremium	Sitzungstag	Sitzungs-Nr.	Sitzungsdauer: von - bis
Ausschuss für Gesundheit und Soziales	17.01.2012	0001/G/S/12	18:00                      Uhr

Sitzungsleitung:	
------------------	--

Name, Vorname	Fraktion	anwesend: von - bis	Unterschrift
---------------	----------	------------------------	--------------

**Ausschussvorsitzender**

Frau Jana Schulze	DIE LINKE		
-------------------	-----------	--	--

**Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE		
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE		
Frau Klara Geywitz	SPD		
Frau Heike Judacz	SPD		
Frau Christina Wolf	SPD		
Frau Maike Dencker	CDU		
Frau Jutta Busch	SPD		
Herr Peter Schultheiß	CDU		

**stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Birgit Müller	DIE LINKE		
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE		
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE		
Herr Till Meyer	SPD		
Herr Dr. Ralf Otto	SPD		
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU		

Herr Michael Schröder	CDU		
Frau Franziska Schneider	Familienpartei		
Frau Christine Anlauff	Die Andere		
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis		
Herr Arndt Sändig	Die Andere		
Herr Wolfgang Cornelius	CDU		

### **sachkundige Einwohner**

Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW		
Frau Angela Basekow	SPD		
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE		
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90		
Herr Wolfgang Günther	SPD		
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE		
Herr Björn Karl	FDP		
Frau Julia Laabs	Die Andere		
Herr Matthias Lack	DIE LINKE		
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis		
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat		
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat		
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat		

### **Beigeordnete**

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Ge sundheit		
---------------------------------	--	--	--

Herr Martin Kühn	Bündnis 90/Die Grünen		
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen		
Herr Wolfgang Rose	Die Andere		



